

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 170

Warum Soziale Marktwirtschaft für die DDR?

von Christian Watrin

J. P. Bachem Verlag

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Die anhaltende Diskussion über die wirtschaftliche Zukunft der DDR hat zu dem Ergebnis geführt, daß die staatliche Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch die Übernahme der Sozialen Marktwirtschaft als einzige, in naher Zukunft politisch realisierbare Lösung ansteht. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Gegner dieser Politik die Transformation der DDR-Wirtschaft in eine Marktwirtschaft als sachgerechte Lösung zur Bewältigung der anstehenden Probleme ansehen werden. Sie werden sich sowohl gegen den jetzt eingeschlagenen Weg als auch gegen das Ziel selbst wenden und argumentieren, daß andere Wege und Systeme besser gewesen wären. Das zwingt dazu, sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen, die für die Ersetzung des sozialistischen Systems durch eine sozialverpflichtete Marktwirtschaft sprechen. Zwei Aspekte sind zu erörtern: Erstens, ist die Soziale Marktwirtschaft eine dem sozialistischen System überlegene Wirtschafts- und Sozialordnung? Und zweitens, können die drängenden Probleme der DDR auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft bewältigt werden?

I. Soziale Marktwirtschaft als Alternative zur sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft und zu Mischsystemen

1. Erfahrungen in Westdeutschland

In einer bedrückenden Periode der deutschen Geschichte, der Niederschlagung des Freiheitsaufstandes deutscher Arbeiter in der DDR im Juni 1953, veröffentlichte Ludwig Erhard einen auch heute noch viel zitierten Aufsatz mit dem Titel: „Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung“¹. Seine Schlußaussage lautete: „In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte freimachen, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt.“ Dies ist auch die Erwartungen derjenigen, die für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR eintreten. Denn alle Berechnungen, die in diesen Tagen und Wochen angeboten werden, um die notwendigen Hilfeleistungen für die DDR zu beziffern, stellen jenen Faktor nicht in Rechnung, den Erhard bereits zu Recht betonte: die geistigen und produktiven Kräfte einer freiheitlichen Ordnung. Auf diese, nicht auf Rohstoffbilanzen, Produktions- und Verbrauchszahlen, Außenhandelsstatistiken oder Bilanzen des Kreditsystems setzte 1948 die äußerst erfolgreiche Erhard'sche Politik. Ist gleiches auch heute möglich?

Zwei eng miteinander verzahnte Maßnahmegruppen sind erforderlich, um den Erfolg der Erhard'schen Politik unter gewandelten Bedingungen zu wiederholen: eine Währungsneuordnung – (nicht notwendig eine Währungsreform) – und die Einführung von marktwirtschaftlichen Spielregeln in der

DDR. Ist die Wende zur Marktwirtschaft geschafft, dann bedarf es einer kontinuierlichen, an ihren Regeln orientierten Politik, um die wirtschaftliche Expansion auf lange Frist fortzusetzen. Auf diese Weise kann der Einkommens- und Wohlstandsrückstand des Ostens gegenüber dem Westen zügig abgetragen werden.

Dieses heute vielfach vorgeschlagene Vorgehen entspricht demjenigen, das in den ehemaligen Westzonen schon vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) vorgeschlagen und praktiziert wurde. Damals bestand hier – wie heute noch in der DDR – eine zentral geplante Wirtschaft. Führende Kreise waren allerdings der Meinung, daß von einer Rückkehr zur Marktwirtschaft keine Rede sein könne. Vielmehr müsse, um den akuten Versorgungsmängeln zu begegnen, die Bewirtschaftung weiterhin aufrecht erhalten werden.

Gegen diese Ansicht opponierte eine kleine Gruppe freiheitlich gesinnter Ökonomen. Sie argumentierte – in völligem Gegensatz zur Alltagsmeinung – daß die „Mangel“-Wirtschaft der Jahre 1945 bis 1948 nicht primär auf die Kriegszerstörungen, sondern auf die „fehlerhafte Organisation des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates“ (Müller-Armack) zurückzuführen sei. Allmählich gewann diese Meinung Einfluß. Müller-Armack, einer ihrer Vorkämpfer, schrieb: Die zurückgestaute Inflation, die Rationierung der Konsumgüter und Rohstoffe, der Arbeitszwang, der Preisstopp und die zahllosen bürokratischen Kontrollen hätten „eine Störung und Lähmung“ jeglichen Eigeninteresses bei Unternehmern und Arbeitnehmern bewirkt, so daß es zur „Stagnation der ökonomischen Leistung“ kommen mußte. Müller-Armacks Antwort auf diese Diagnose war die Entwicklung des Programms der Sozialen Marktwirtschaft. Selbst in der unvollständigen Form, in der es in der Bundesrepublik verwirklicht wurde, erwies es sich allen anfänglichen Bedenken zum Trotz in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als außerordentlich erfolgreich. Hierzu nur einige Hinweise.

Am 20. Juni 1948 wurden in den ehemaligen Westzonen durch eine Währungsreform die finanziellen Schulden des Krieges reguliert. Die nationalsozialistische Regierung hatte, wie so üblich, die Kriegslasten nicht durch eine Besteuerung der Bevölkerung, sondern durch das Betätigen der Geldmaschine finanziert. Die dadurch entstandene Überschuldung des Staates und der aus ihr resultierende Kaufkraftüberhang waren zu beseitigen. Dies geschah durch die Währungsreform. In ihr wurde jedem Bürger im Verhältnis 1:1 ein Kopfgeld von insgesamt 60 DM zugeteilt. Gleichzeitig wurden die Geldvermögenswerte zunächst gesperrt und registriert, um anschließend im Verhältnis 100:10 abgewertet zu werden. Die Hälfte dieses Betrages wurde freigegeben, die andere Hälfte eingefroren. Von ihr wurde später nur der kleinere Teil freigegeben, so daß sich per Saldo eine Währungsumstellung von 100 Reichsmark zu 6,50 D-Mark ergab. Flankiert wurde diese Währungsre-

form durch ein de facto-Verbot von Budgetdefiziten sowie die gesetzlich verfügte Unabhängigkeit der Bank deutscher Länder²). Den zweiten entscheidenden Schritt im Übergang zur Marktwirtschaft aber vollzog Ludwig Erhard durch die Initiierung einer Wirtschaftsreform. Auf der Grundlage des Leitsatzgesetzes gab er zahlreiche Preise frei. Ausnahmen bildeten einige Grundnahrungsmittel, der Devisenmarkt, der Kapitalmarkt, der Außenhandel und als wichtig angesehene Industrien wie die Kohle.

Währungs- und Wirtschaftsreform hatten sofort Erfolg. War es in den Tagen vor der Währungs- und Wirtschaftsreform so gut wie ausgeschlossen, mehr als einige häßliche Aschenbecher zu kaufen, so füllten sich am Tage danach die Läden, da die Menschen Vertrauen in das neue Geld setzten. Die Industrieproduktion stieg innerhalb eines halben Jahres um mehr als die Hälfte, und es setzte ein gewaltiger Investitionsboom ein³). Der entscheidende Schritt für den später irreführenderweise als „Wirtschaftswunder“ bezeichneten Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft war getan.

Auf die Möglichkeit, die Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft ein weiteres Mal mit dem gleichen Rezept zu bewerkstelligen, gründen sich die Hoffnungen derjenigen, die der DDR eine ähnlich gelagerte Politik empfehlen. Sicherlich läßt sich einwenden, daß damals vieles anders war als heute. Aber es kommt auf das Wesentliche an, die Änderung der Regeln, nach denen die Wirtschaft abläuft. Gerade hier verfügt die Fachwissenschaft mittlerweile über verbessertes Wissen. Es läßt sich im Falle der DDR genauso einsetzen wie in jenen Entwicklungsländern, in denen sich die Ablösung sozialistischer Systeme durch eine funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnung in den letzten beiden Jahrzehnten erfolgreich vollzogen hat.

2. Das Versagen des sowjetischen Modells der Wirtschaftsplanung

In allen osteuropäischen Ländern – einschließlich der Sowjetunion – ist der wichtigste Grund für das Abgehen vom sozialistischen Wirtschaftssystem das massive Versagen der Wirtschaftsplanung. Das ist keineswegs überraschend. Bei nüchterner Analyse war der Verfall zwar nicht in Einzelheiten vorauszusagen, wohl aber der Sache nach zu erwarten. In der jahrzehntelangen Diskussion der Nationalökonomien über die Frage, ob „Sozialismus möglich“ sei⁴), ging es um das Problem, ob es gelingen kann, mit Mitteln der zentralen Planung ein sowohl widerspruchsfreies als auch den Ressourceneinsatz optimierendes Planungssystem aufzubauen. Dieses war nicht statisch zu begreifen, sondern es mußte sich um eine Prozeßplanung handeln, da die Wirtschaft, der Prozeß der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, ja täglich abläuft.

Wie immer in der Wissenschaft wurden Argumente mit Gegenargumenten zu beantworten versucht. Welche Meinung sich schließlich durchsetzt, das entscheidet letztlich die Erfahrung. Die Ergebnisse liegen mittlerweile auf der Hand. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Es ist angesichts der Komplexität der Wirtschaftsbeziehungen weder in einem kleinen Land noch erst recht in einem riesigen Vielvölkerstaat möglich, die Wirtschaft durch zentrale Plandirektiven zu steuern. Die Zentrale ist notorisch schlecht informiert. Die an sie gelangenden Informationen enthalten starke strategische Elemente, da sie im Wege des Befehls bzw. der Plandirektive den Informierenden als ausführendes Organ unmittelbar treffen. Jeder, der über Informationen verfügt, hat daher gute Gründe sie zurückzuhalten, damit ihm anschließend nicht zu strapaziöse Leistungs- bzw. Planvorgaben von der Zentrale auferlegt werden. „Weiche“ Pläne aber führen zur Verschwendung knapper Mittel.

b) Die Koordination der zahllosen Entscheidungen zwischen den einzelnen Betrieben durch eine Zentrale erweist sich als nicht organisierbar. Zentrale Befehlsstrukturen sind nicht geeignet, die Vorprodukte jeweils zum richtigen Zeitpunkt, in der ausreichenden Menge und in der erforderlichen Qualität durch Planbefehl an die richtige Stelle zu dirigieren. Folglich ist der Alltag in der Planwirtschaft durch zahllose Ineffizienzen bestimmt, weil für die kontinuierliche Produktion schlicht „das Material fehlt“⁵⁾. Verfügbare Arbeitsleistung wird folglich nicht oder nur unzureichend genutzt.

c) Die zentrale Planung selbst gelangte – z. B. in der DDR – nicht über das Stadium einer „vorwiegend naturalwirtschaftlichen Direktplanung“⁶⁾ hinaus; diese aber mußte sich mit groben Produktionsvorgaben begnügen. Sie führen auf der Ebene der Betriebe zur Herstellung von Gütern und Halbfabrikaten, die in Menge, Qualität und Lieferzeitpunkt nicht zusammenpassen. Die von den Planern den Betrieben auferlegte Orientierung am Plansoll und die damit verbundene Ausrichtung der Lohn- und Prämiensysteme an der Planübererfüllung – ein Widerspruch in sich in einem auf Planbilanzen aufbauenden System – tragen ein Übriges dazu bei, die Produktionseffizienz zu vermindern.

d) Die Idee, daß in der besseren Welt des Sozialismus allen alles gehört, erweist sich als das Einfallstor einer weitreichenden Verschwendung knapper Mittel. Weder sind die Planer an der Spitze des Systems uneigennützig und weise Menschen, noch ist es zulässig anzunehmen, daß alle übrigen Beteiligten gesellschaftlich verantwortlichen Gebrauch vom Gemeineigentum machen. Vielmehr ist davon auszugehen, daß es bei Kollektiveigentum zu massiver Fehlverwendung, katastrophaler Übernutzung (so beim Umweltproblem) und zu schweren Verstößen gegen das „sozialistische Eigentum“ kommt. Typisch für Kollektiveigentum ist, daß sich niemand verantwortlich fühlt und daß die mit umfassender Verfügungsmacht ausgestatteten Planer

Technische Formschwierigkeiten

und die herrschende Partei sich großzügig selbst bedienen. Für das klassische Problem der Kontrolle der Kontrolleure hat die Zentralplanung keine brauchbare Lösung zur Hand.

e) Zu diesen ökonomischen Gesichtspunkten treten polit-ökonomische Überlegungen. Die für sozialistische Systeme charakteristische Symbiose von Staat und Partei, die im Herrschaftsanspruch der kommunistischen Partei, der vermeintlichen Avantgarde des Proletariats, gipfelt, hat eine durchgängige Politisierung des täglichen Lebens zur Folge. Vieles, was anderswo geräuschlos über Märkte erledigt wird, gelangt auf die politische Ebene und wird dort öffentlich diskutiert. Zusätzliche Interventionen sind die Folge. Sie ordnen sich in der Regel nicht reibungslos in das Plansystem ein und reduzieren so ein weiteres Mal seine Funktionsfähigkeit.

Die ökonomischen Folgen der zahllosen Ineffizienzen des sozialistischen Systems sind bekannt und brauchen hier nicht im Detail dargestellt zu werden. Marktwirtschaftlich orientierte Länder sind, wenn die üblichen Standards zur Messung des wirtschaftlichen Wohlstands zugrundegelegt werden, im weltweiten Vergleich den sozialistischen Ländern erheblich überlegen. Im Gegensatz zum Anspruch des Sozialismus, die Überflußgesellschaft herbeizuführen, entsteht in den nach sozialistischen Prinzipien organisierten Ländern regelmäßig eine „Mangel“-Wirtschaft. In der heutigen Diskussion geht es daher – mit einigen Ausnahmen wie China und Kuba – nicht mehr um Reparaturen am System der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft oder um das Auswechseln der alten durch eine neue Führungsmannschaft. Beides wurde in der Vergangenheit immer wieder mit großer Aplomb versucht, um dann immer wieder schnell zu versanden. Statt dessen steht die Ersetzung der funktionsunfähigen planwirtschaftlichen Systeme durch eine funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnung an.

3. Die Verbindung von Plan und Markt als dritter Weg?

Weder das Versagen der planwirtschaftlichen Konzeption noch die positiven Erfahrungen mit der Marktwirtschaft in Westdeutschland und in anderen Ländern sind ein hinreichender Grund, um andere ordnungspolitische Alternativen von vornherein auszuschließen. So sind in der Diskussion der letzten Monate zahlreiche Vorschläge gemacht worden, an die Stelle einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft Mischsysteme wie „marktorientierte Planwirtschaft“ oder eine „sozialistische Marktwirtschaft“ treten zu lassen. Sie sollen ein „dritter Weg“ zwischen Marktwirtschaft und zentraler Wirtschaftslenkung – in der marxistischen Terminologie: zwischen Kapitalismus und Sozialismus – sein⁷⁾. Bei der marktorientierten Planwirtschaft handelt es sich um den Versuch, Markt und Plan als gesamtwirtschaftliches Steuerungsverfahren miteinander zu kombinieren; bei der sozialistischen Marktwirtschaft soll die

Marktwirtschaft auf dem Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln basieren. Beide Konzeptionen haben grundlegende Mängel.

Die Absicht, marktliche Koordination mit zentraler Planung zu verbinden, führt unmittelbar in ordnungspolitische Widersprüche. Unternehmen bzw. Betriebe können ihre ökonomischen Dispositionen nicht gleichzeitig an Marktsignalen, besonders Preisen und Absatzmengen, und an Plandirektiven, also verpflichtenden Auflagen, was zu produzieren ist, ausrichten. Volkswirtschaftlich gesehen kann es nur *ein* Koordinationssystem geben, entweder die Preise oder die Planbefehle.

Die Inkompatibilität von Markt und Plan wird sichtbar bei den zahlreichen Versuchen, Marktelemente in das System einer Zentralplanung einzupflanzen. Mit steigender Bedeutung der Marktelemente verschärft sich jedoch das Problem, welche Verbindlichkeit die verbleibenden bürokratischen Produktionsvorgaben noch haben sollen. Es kommt über kurz oder lang zum Systemkonflikt. Im umgekehrten Fall, dem Versuch, zentrale Steuerungselemente in das Koordinationssystem der Märkte einzubeziehen – so etwa in den verschiedenen Planifikationskonzeptionen –, entsteht das gleiche Problem in umgekehrter Richtung. Was soll gelten? Die staatliche Vorgabe oder die Dynamik von Preisen und Nachfrageschwankungen an Märkten? Die Abwendung von der sich entfaltenden Marktwirtschaft und die Rückkehr zur zentralen Planung in China nach den Juni-Ereignissen von 1989 ist ein Beispiel für den ersten, das Versagen der französischen Planifikationsmethoden in den sechziger Jahren für den zweiten Fall.

In der „sozialistischen Marktwirtschaft“, dem zweiten Mischsystem, gelangen die Dispositionsbefugnisse über die Produktionsmittel vom Staat in die Hände der jeweiligen Betriebskollektive. Dabei bleibt jedoch die Gesellschaft zur Gesamthand Eigentümer der sachlichen Produktionsmittel, d. h. ihr werden die ökonomischen Fehler, die von selbstverwalteten Betrieben verursacht sind, im wesentlichen angelastet. Da nicht von einer Interessensidentität zwischen den Betriebskollektiven einerseits und dem „allgemeinen Kapitalisten“ andererseits ausgegangen werden kann, kommt es unweigerlich zu Interessenkonflikten; denn die Betriebskollektive sind unter den geltenden Regeln nachhaltig daran interessiert, die Nettoerlöse (d. i. der Überschuß, der nach Abzug der Kosten für die Vorleistungen verbleibt) an sich selbst auszuschütten, um so die privat verfügbaren Einkommen möglichst hoch werden zu lassen. Dies geschieht selbst dann, wenn durch ein solches Vorgehen die betriebliche Substanz verzehrt wird. Vom gesellschaftlichen Standpunkt hingegen ist die Erhaltung und Mehrung der betrieblichen Substanz und damit im Endeffekt des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks vorrangig, da nur so die wirtschaftliche Lage aller verbessert werden kann. Die jugoslawischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen jedoch, daß im Konflikt zwischen Betriebskollektiven und Gesellschaftsinteressen erstere

dominant sind. Über den dadurch bewirkten Verzehr der betrieblichen Substanz aber stehen sich auf Dauer alle schlechter.

Damit verengt sich der Bereich der ordnungspolitischen Alternativen drastisch. Die genannten Mischsysteme entfallen ebenso wie die sozialistischen Planungssysteme; es bleiben nur noch marktwirtschaftliche Ordnungen. Sie können, wie die westlichen Länder zeigen, zahlreiche Ausprägungen erfahren. Das gilt auch für das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft im engeren Sinne. Die Kombination von Marktwirtschaft und Sozialstaat ist vielfältig ausgestaltbar. Was aber die früher so nachhaltig behauptete Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft angeht, so hat die ehemalige Wirtschaftsministerin der DDR, Christa Luft, das entscheidende Wort gesprochen. Sie fordert, daß „mit der früheren zentralistischen Kommandowirtschaft radikal zu brechen“ sei und daß „statt dessen zu einer funktionsfähigen Marktwirtschaft überzugehen ist“. Dabei geht es – so Frau Luft – um „eine Marktwirtschaft, die ökonomisch effizient ist und sich international als wettbewerbsfähig erweist, die demokratisch gestaltet wird, (die) sozialen und ökologischen Erfordernissen gleichsam Rechnung trägt und (die) zu ständiger Erneuerung fähig ist“⁸).

II. Soziale Marktwirtschaft in der DDR

1. Das Ziel: Die Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialstaat

Die Ablehnung der verschiedenen Ausprägungen sozialistischer Wirtschaftssysteme und das politische Verlangen, eine erprobte Alternative, die Soziale Marktwirtschaft, zur Grundlage einer neuen Wirtschaftsordnung zu machen, bedeutet nicht, daß auch über den Inhalt des Angestrebten Übereinstimmung besteht. Dies gilt für den Begriff Soziale Marktwirtschaft genauso wie für andere politische Begriffe der Neuzeit. Der Inhalt des Gemeinten erschließt sich am einfachsten durch einen kurzen Blick in die Entstehungsgeschichte dieses wirtschaftspolitischen Programms.

In Westdeutschland entstand nach dem Zweiten Weltkrieg eine intensive Diskussion über die Grundlagen der künftigen Wirtschaftsordnung. Das Gros der Intellektuellen, aber auch viele Wissenschaftler, setzte auf den Sozialismus, den man sich allerdings in der Regel nicht in der totalitären Form wünschte, wie ihn Joseph Stalin damals praktizierte, sondern in der eher sanften Art, wie er sich im Fabianismus Großbritanniens, im schwedischen Wohlfahrtsstaat oder in sozialdemokratischen Modellen der Wirtschaftsdemokratie präsentierte. Diesen Konzeptionen hielten Nationalökonominnen, die sich schon während des Krieges in drei Freiburger Kreisen zusammengefunden hatten, entgegen, daß zwei gewichtige Gründe gegen sie

sprächen: Erstens, das untragbare Maß an Handlungsmacht, welches sie dem Staat und damit den Politikern, die diesen Staat in der Demokratie bemanen, einräumten; und zweitens die mangelnde Beachtung der wohlstandsschaffenden Kräfte einer marktwirtschaftlichen Ordnung, auf deren produktivitätssteigernde Dynamik gerade angesichts von Hunger, Wohnungsnot und Elend nicht verzichtet werden könne.

Aus der Ablehnung der verschiedenen Spielarten des Sozialismus ergab sich gleichzeitig die Verpflichtung, eine Alternative zu entwickeln. Der Gegenentwurf ist das Programm der Sozialen Marktwirtschaft. Sie verfolgt zwei Ziele: die effiziente Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen durch eine klare Entscheidung für das Koordinationsprinzip des Marktes und den Aufbau eines „vielgestaltigen und vollständigen Systems des sozialen Schutzes“⁹⁾ auf der Basis der Marktwirtschaft. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft beschreibt somit ein Programm, das das „Prinzip des Marktes mit dem Prinzip des sozialen Ausgleiches“ in Einklang zu bringen versucht (Müller-Armack).

Das Anliegen, Marktwirtschaft und Sozialstaat miteinander zu verbinden, wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund der damaligen Situation verständlich. Die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war durch zahllose unkoordinierte Interventionen des Staates in den marktwirtschaftlichen Ablauf, durch das Entstehen zahlreicher Kartelle und durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft in der großen Krise (1929) gekennzeichnet. Ab 1936 wurden die verbliebenen Reste der marktwirtschaftlichen Ordnung schrittweise durch das System der staatlichen Wirtschaftslenkung abgelöst. Dieses mündete nach Kriegsende (1945) in eine um sich greifende Währungszerrüttung infolge der Kriegsfinanzierung durch Notenbankkredite, in den Verfall des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses und in die Abhängigkeit jedes Bürgers von den Zuteilungsbükratien ein. In den Jahren von 1945 bis 1948 entwickelte sich eine Tausch- und Schwarzmarktwirtschaft, die selbst wiederum nur primitive Produkte und Dienstleistungen hervorbrachte und nicht imstande war, die dringlichsten Nöte des Tages zu überwinden.

2. Der historische Beitrag der Marktwirtschaft zur allgemeinen Wohlstandsentwicklung

Der Gedanke, an die Stelle der versagenden staatlichen Wirtschaftslenkung eine marktwirtschaftliche Ordnung zu setzen, begegnete damals wie heute Mißtrauen: Es wurde eingewandt, daß die Marktwirtschaft eine „unsoziale“ Ordnung sei, daß sie den einzelnen der Gefahr aussetze, Arbeit und Brot zu verlieren, wenn er nicht marktleistungsfähig wäre und daß der Kapitalismus, also die Marktwirtschaft, das soziale Elend des 19. Jahrhunderts im wesentlichen verursacht habe.

Der Gegeneinwand der Anhänger der Marktwirtschaft lautete, daß dies teilweise eine Verzerrung der Realität sei und daß man zur Marktwirtschaft passende soziale Sicherungseinrichtungen schaffen könne, die den einzelnen gegen untragbare Risiken schütze. Ferner sei das 19. Jahrhundert eine Periode des ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs gewesen. Bei einer Verdreifachung der Bevölkerungszahl habe sich gleichzeitig der allgemeine Lebensstandard um ein Mehrfaches erhöht. Es sei somit damals zum ersten Mal gelungen, die aus den vorangegangenen Jahrhunderten überkommene Massenarmut temporär zu beseitigen. Während in früheren Jahrhunderten allenfalls eine dünne Oberschicht nicht unter Not, Hunger und Entbehrungen zu leiden gehabt hätte, seien diese Übel für alle übrigen Schichten des Volkes eine alltägliche Erscheinung gewesen. Die Überwindung der Massenarmut durch den Abbau der zahlreichen Wohlstandshemmnisse und der ökonomischen Privilegien, die noch in der Welt des 18. Jahrhunderts dominiert hätten, aber sei eine soziale Großtat gewesen. Sie sei möglich geworden durch die wissenschaftlichen Einsichten der Nationalökonomie in die wohlstandsschädigenden Folgen von Monopolen, Marktzugangsbeschränkungen und wettbewerbsbehindernden Maßnahmen und durch das von den klassischen Ökonomen entwickelte Verständnis von Wettbewerb und Märkten, besonders der Selbstregulierungsfunktion freier Märkte. Der Koordinierungs- und Einpendlungsprozeß freier Märkte, die Abhängigkeit der Produzenten vom Urteil der Verbraucher und die innovationsfördernde Kraft des Wettbewerbs aber seien die grundlegenden Voraussetzungen für die Bewältigung der jahrhundertealten Armutprobleme gewesen.

Gleichwohl, so meinten die Anhänger des Programms der Sozialen Marktwirtschaft, hätten die Protagonisten der Marktwirtschaft im 19. Jahrhundert die sozialen Probleme, die eine wettbewerbliche Ordnung aufwerfe, nicht zureichend erkannt. Man habe allzusehr auf den Wettbewerb als Organisationsprinzip von Wirtschaft und Gesellschaft und auf freiwillige Hilfen (etwa in Form der philanthropischen Gesellschaften in Großbritannien oder Selbsthilfeeinrichtungen in Deutschland) in Notlagen vertraut. Dadurch sei zwar partiell Abhilfe geschaffen worden, aber die sozialen Probleme der sich etablierenden marktwirtschaftlichen Industriegesellschaften seien seit der Auflösung der Großfamilien als Sicherungseinrichtungen für den einzelnen so nicht mehr ausreichend zu bewältigen gewesen. Es hätte deswegen der Entwicklung einer staatlichen Sozialpolitik zwecks Flankierung der Wettbewerbswirtschaft bedurft. Hier liege das eigentliche Versagen des Wirtschaftsliberalismus im 19. Jahrhundert¹⁰). Daraus erwachse die Aufgabe, die hohe Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft durch eine mit ihr konforme Sozialpolitik zu ergänzen. Eine so konzipierte Soziale Marktwirtschaft aber sei wesentlich besser als ein sozialistisches Wirtschaftssystem geeignet, soziale Sicherheit zu gewährleisten.

3. Das „Soziale“ – gegen den Markt?

In diesem Zusammenhang wandten sich die frühen Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft auch gegen die interventionistische Wirtschaftspolitik der zwanziger Jahre. Sie habe den Fehler begangen, soziale Fortschritte nur dort festzustellen, wo bewußt gegen die Regeln des Marktes verstoßen worden sei, so bei Höchstpreisen für Grundnahrungsmittel oder Mieten, bei Kündigungsverböten in Arbeitsverträgen, bei staatlicher Übernahme bankrotter Firmen zwecks Arbeitsplatzerhaltung und erst recht bei der Sozialisierungspolitik¹¹⁾, die bewußt ganze Industriezweige in staatliches Eigentum übernahm und damit auch dem Wettbewerb entzog.

Bezogen auf sozialistische Wirtschaftssysteme heutigen Zuschnitts gilt diese Kritik auch für die sog. Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Da soziale Leistungen immer nur aus dem erwirtschafteten Sozialprodukt finanziert werden können, bedeutet z. B. die in sozialistischen Staaten anzutreffende hohe Subventionierung von Nahrungsmitteln und Wohnungen, daß diese Subventionen von der Bevölkerung durch Konsumverzichte bei anderen Gütern oder überhöhte Preise für sogenannte Luxuswaren aufgebracht werden müssen. Wirtschaftlich läuft dies auf einen teuren Umverteilungsprozeß hinaus, in dem Bürokratien zunächst die Mittel für die Subventionen hereinholen müssen. Diese werden dann in einem kostspieligen politischen Umverteilungsprozeß in neue Verwendungen gelenkt. Dort befriedigen sie oft genug nicht dringende Bedürfnisse, sondern sie gelangen statt dessen in Verwendungen, in denen die volkswirtschaftlichen Kosten höher sind als der Nutzen; knappe Mittel werden also verschwendet.

Die von den Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft aus diesen Erfahrungen gezogene Schlußfolgerung war und ist die Forderung, die Sozialpolitik unter Einbeziehung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu gestalten. Nicht das Bedürfnis nach Sicherheit (etwa im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit), nach einem auskömmlichen Lebensstandard im Alter oder nach Schutz der Hinterbliebenen im Todesfall ist kritikwürdig, sondern die falsche Vorgehensweise, mit der diesen Bedürfnissen in der Vergangenheit (aber oft genug auch in der Gegenwart) Rechnung zu tragen versucht wurde (und wird). Der Sozialstaat darf daher im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht zum bevormundenden Versorgungsstaat werden; umgekehrt aber ist es gleichzeitig erforderlich, die Marktwirtschaft dort sozial abzustützen, wo sie dem einzelnen untragbare Lasten auferlegt.

4. Kann die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft die wirtschaftliche Lage der Bürger in der DDR verbessern?

Unter dem Druck der politischen Ereignisse geht es gegenwärtig nur noch um die Frage, unter welchen Bedingungen die DDR der Bundesrepublik bei-

tritt. Alle anderen Erwägungen, auch die Frage, ob in der DDR nicht eine bessere Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung als in der Bundesrepublik gelingen könne, treten demgegenüber zurück. Jenseits der heftigen politischen Auseinandersetzungen und den mit ihnen verbundenen Streitigkeiten über die Verteilung der Übergangslasten zwischen Ost und West aber steht die Frage, ob es verantwortbar ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Politik der schnellen wirtschaftlichen Vereinigung durch einen völligen Abbau der Wirtschaftslenkung, eine Währungsvereinheitlichung und die gleichzeitige Einführung der Marktwirtschaft zu empfehlen.

Ziel der Vorschläge zur Währungs- und Wirtschaftsunion ist nicht nur die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der DDR-Bürger, sondern auch die Abstützung der jungen Demokratie durch eine freiheitliche Wirtschaftsordnung. Erst im marktwirtschaftlichen Prozeß entsteht wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Zuteilungs- und Kontrollbürokratie des Staates und der ihn regierenden Partei. Die Gewerbe- und die Niederlassungsfreiheit sind unerläßliche Voraussetzungen für die Pressefreiheit, die sich nur dann entfalten kann, wenn die konkurrierenden Presseorgane unabhängig von einer allgegenwärtigen kontrollierenden Partei sind. Die Auswanderungsfreiheit, anders ausgedrückt: die freie Wahl des einzelnen zwischen Staatsformen und Wirtschaftsordnungen aber ist der Hebel, mit dem selbst totalitäre Regime nicht nur in ihre Schranken verwiesen, sondern auch friedlich zu Fall gebracht werden können. Erst die wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes einzelnen von der allein über die Arbeitsplätze verfügenden staatlichen Macht aber läßt jene Souveränität des Bürgers entstehen, deren es bedarf, um die Demokratie zu einer menschenwürdigen Ordnung zu machen.

Aber sind die Menschen in der DDR überhaupt in der Lage, diese gigantische Aufgabe in Angriff zu nehmen und in freier Selbstverantwortung zu leben? Zweifler stützen sich auf zwei Argumente, die desolante Situation der DDR-Wirtschaft und die Furcht vieler vor dem ordnungspolitischen Wandel.

In der Tat ist der aktuelle Befund entmutigend. Die politisch Verantwortlichen reklamieren für die DDR-Wirtschaft angesichts der überall manifest werdenden Misere nicht mehr wie die aus dem Amt gejagte Regierung einen Platz unter den ersten zehn Industrienationen. Auch wird das Bild, das bis vor kurzem noch durch die offiziellen Statistiken zu vermitteln versucht wurde, nicht mehr aufrechterhalten. Danach sollten Kaufkraftvergleiche für 1985 - neuere Werte liegen nicht vor - belegen, daß 100 Mark der DDR beim Verzehr in Gaststätten dieselbe Kaufkraft hätten wie 213 D-Mark. Noch günstiger sollte es bei den Mieten sein, die sich im rechnerischen Durchschnitt auf weniger als ein Fünftel derjenigen in der Bundesrepublik beliefen. Daß diese statistischen Angaben nicht das wirkliche Leben widerspiegeln, war schon zur Zeit ihrer Veröffentlichung einsichtig, denn es wurde weder die Qualität noch die Verfügbarkeit der Güter in Rechnung gestellt.

Mittlerweile ist die bedrückende Situation der DDR-Wirtschaft allgemein sichtbar. Produktionsstrukturen und maschinelle Ausrüstungen sind veraltet; der technische Fortschritt ist gering; die öffentliche Infrastruktur wurde stark vernachlässigt, und der Umweltschutz ist völlig unzureichend. Auch andere wirtschaftliche Indikatoren sind alarmierend, so die niedrige Produktivität – sie beträgt im Durchschnitt weit weniger als die Hälfte der westdeutschen –, die geringe Effizienz des Kapitaleinsatzes, die hohe Auslandsverschuldung und die großen Schwierigkeiten, die die DDR hat, um bei einfachen Konsumgütern mit ostasiatischen Schwellenländern Schritt zu halten.

Es nimmt daher kaum Wunder, daß Millionen DDR-Bürger, die im November und Dezember 1989 in die Bundesrepublik Deutschland als Besucher kamen, sich geduldig stundenlang in Warteschlangen einreihen, um pro Kopf ein bescheidenes Begrüßungsgeld von DM 100,- in Empfang zu nehmen. Mit diesem konnten sie einige, in ihrem Land oft nicht erhältliche Produkte kaufen. „Im Westen ist alles besser als im DDR-Sozialismus“, so lauteten die oft beklommenen Kommentare der Besucher.

Trotz allem ist es nicht zulässig, auf irreparable oder nur in langen Zeiträumen korrigierbare Schäden zu schließen und eine schnelle Sanierung von der Hand zu weisen. Historische Erfahrungen gerade in der jüngeren Vergangenheit zeigen, daß – vorausgesetzt, die Initiative des einzelnen wird nicht durch bürokratische Maßnahmen gehemmt oder in falsche Bahnen geleitet – der Wiederaufbau auch schwer zerstörter Länder überraschend schnell gelingen kann¹²⁾. Entscheidend für das Tempo ist letztlich das vorhandene Humankapital und die freie Entfaltung des schöpferischen Potentials der Menschen. Es widerspricht zwar gängigen Vorurteilen, im wirtschaftlichen Bereich von Kreativität im gleichen Sinne zu sprechen wie in der Kunst und der Wissenschaft. Gleichwohl sind die Versorgungsleistungen, die eine gut funktionierende Wirtschaft tagtäglich hervorbringt, kaum von geringerer Bedeutung für das Wohlergehen der Menschen als herausragende Leistungen auf anderen Gebieten.

5. Voraussetzungen für den Übergang zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung

Das vorhandene Kapital in den Köpfen der Menschen aber ist im anderen Teil Deutschlands beachtlich. Es unterscheidet sich – vielleicht mit Ausnahme einiger ausgefeilter Techniken – in nichts von dem in der Bundesrepublik. Damit ist die erste entscheidende Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung erfüllt. Die zweite ist die Herstellung des Ordnungsrahmens, in dem sich die Initiativen entfalten können. Er wird sicherlich nicht durch die bürokratische Wirtschaftslenkung, die weithin noch besteht, gewährleistet. Vielmehr bedarf es des Übergangs zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Ihre wesentlichen Elemente sind die Schaffung eines glaubhaft stabilen Gel-

des, die Ersetzung der starren Planpreise durch ein funktionsfähiges, die tatsächlichen Knappheiten signalisierendes Preissystem, die Herstellung einer Privateigentumsordnung, die Zulassung erwerbswirtschaftlicher Tätigkeit nicht nur im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, sondern auf allen Ebenen des Wirtschaftsprozesses, der Abbau des Außenhandelsmonopols und der Devisenbewirtschaftung, die Entflechtung der Kombinate, die Errichtung einer dauerhaften Rechtsordnung, die individuelle Grundrechte garantiert und sie gegen staatliche Eingriffe durchsetzbar macht, die Entwicklung eines rechtlichen Rahmens für Lohnfindungsprozesse durch freie Tarifpartner, die ihrerseits in der Verantwortung vor dem Gemeinwohl stehen, und schließlich die Schaffung einer mit der marktwirtschaftlichen Ordnung kompatiblen Sozialpolitik.

Ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik – gleichgültig wie er im Detail vollzogen wird – wäre ein schneller, wenn auch nicht müheloser Weg, die genannten ordnungspolitischen Reformen in die Tat umzusetzen. Wie im Fall der Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 wäre auch dieses Mal die zeitgleiche Einführung einer vertrauenswürdigen Währung und der zugehörigen Wirtschaftsreformen unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg. Dabei ist die Wirtschaftsreform, da sie auch die Wiedererrichtung einer Privateigentumsordnung zum Gegenstand hat – diese war in den Westzonen seinerzeit nicht zerstört –, heute in manchen Punkten ungleich schwerer als damals. Der Grundsatz, daß für erlittenes Unrecht nur Entschädigung gefordert werden kann, daß aber gleichzeitig die Eigentumsverhältnisse, so wie sie jetzt bestehen, im wesentlichen gültig sind, ist vielleicht eine Richtschnur, um die schwierigen, aber oft auch lähmenden Folgen der planmäßigen Zerstörung des Privateigentums in der Vergangenheit zu überwinden.

Fehlt aber – trotz des im Humankapital geronnenen Wohlstandspotentials und trotz des nach der Umwandlung des sozialistischen Systems zu erwartenden Zustroms von investitionsbereitem Kapital – den meisten DDR-Bürgern nicht der Mut zum Aufbruch in eine neue dynamische Welt? Eine Antwort auf diese Frage fällt nicht in die Kompetenz des Ökonomen; aber es sind auch Zweifel zulässig, daß sie sich jenseits individueller Eindrücke hinreichend beantworten läßt. Auch Befragungen sind kein sicherer Maßstab, um die tatsächlichen Einstellungen und Gefühle zu erfassen; denn die Selbstauskunft der Antwortenden hat oft wenig mit ihrem tatsächlichen Verhalten zu einem späteren Zeitpunkt zu tun.

Es bleibt somit die Frage nach der Alternative zur Reform. Sie wäre das Verharren in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere. Im Gegensatz dazu weist die politische Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit in eine andere Richtung. Die Mehrheit der Bevölkerung in der DDR ist offenbar willens, das Risiko eines Neuanfangs einzugehen. Für die Bürger der Bundesrepublik erwächst daraus die Pflicht zu solidarischer Hilfe.

Anmerkungen

- 1) Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Bonn, 1962, S. 230.
- 2) Siehe Holger Bonus, Der steinige Weg in die Soziale Marktwirtschaft – Das Problem der DDR, als Manuskript vervielfältigt, S. 5.
- 3) Ebda.
- 4) Georg Halm, Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bern 1929. – Walter A. Jöhr, Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich? Bern 1948.
- 5) Siehe hierzu Carl Christian von Weizsäcker, Soziale Marktwirtschaft und Demokratie. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 1/1990, S. 17f.
- 6) Christa Luft, Redemanuskript der Ansprache vom 16. Januar 1990, IHK Düsseldorf, S. 2.
- 7) Der Begriff „dritter Weg“ ist in den vergangenen vier Jahrzehnten von liberalen und sozialistischen Autoren reklamiert worden. Er hat dadurch erheblich an Trennschärfe eingebüßt.
- 8) Christa Luft, a. a. O., S. 4.
- 9) A. Müller-Armack, Art. „Soziale Marktwirtschaft“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., Stuttgart 1956, S. 390.
- 10) Siehe hierzu A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus im 19. Jahrhundert als religionsgeschichtliches Problem und A. Müller-Armack, Religion und Wirtschaft, Bern 1981, S. 574f.
- 11) Die sozialschädlichen Folgen der genannten Maßnahmen liegen auf der Hand. Preisbindungen bei Grundnahrungsmitteln führen entweder zum Verschwinden der betreffenden Waren von den Märkten oder sie bedingen eine oft ins Sinnlose sich entwickelnde Subventionierung der Güter wie in der DDR; analoges gilt für Mietpreisstopp; Kündigungsverbote schützen nur die Arbeitsplatzbesitzer; eine Politik der Übernahme konkursreifer Unternehmen belastet die Allgemeinheit mit allen ökonomischen Fehldispositionen der betreffenden Unternehmen, und die Sozialisierung ganzer Industrien erweist sich oft als eine schwere und wirtschaftlich unvertretbare Belastung der Allgemeinheit.
- 12) Zur älteren Literatur siehe John Stuart Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie. Erster Band, Jena 1913, 5. Kap., § 7, S. 112f. – Zur gegenwärtigen Diskussion siehe das umfangreiche Gutachten von H. Willgerodt, Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, März 1990, S. 69 und passim.

Zur Person des Verfassers

Dr. Christian Watrin, Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.